

Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Herr Sagel. Gleiches Ergebnis wie eben. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10263**. Wer ist für den Antrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10223**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10224**. Wer ist für den Antrag? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Antrag ist **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10261**. Wer ist dafür? – Grüne, SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10225**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10264**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10226**. Wer ist für den Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen gibt es keine. **Abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10265**. Wer ist dafür? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel. **Abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10227**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10228**. Wer ist dafür? – SPD, Herr Sagel und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10229**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung von Herrn Sagel. **Abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10230**. Wer ist dafür? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. **Abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10231**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den letzten **Änderungsantrag**, den Antrag der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10232**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**. – Damit haben wir über alle Anträge abgestimmt.

Jetzt müssen wir noch über die **Beschlussempfehlung** zum Einzelplan 02 **Drucksache 14/10202** abstimmen. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 02 verabschiedet**. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

#### **Einzelplan 04 Justizministerium**

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10204 vor. Außerdem gibt es Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 67 bis 70 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Sichau als erstem Redner das Wort.

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir immer noch hinter der Zeit sind. Wir können also gemeinsam den nächsten Morgen erreichen, wenn es so weitergeht.

(Heiterkeit)

Bitte schön.

**Frank Sichau** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute schon häufig gesagt worden, dass dies der letzte Haushalt dieser Wahlperiode ist. Ich erinnere an den Anfang und den Wahlkampf, als es hieß: Wir werden viel mehr für Richter, Staatsanwälte und den allgemeinen Vollzugsdienst tun. Wenn man heute zurückblickt, dann stellt man fest: Für Richter und Staatsanwälte ist weniger getan worden, und bei all dem, was den allgemeinen Vollzugsdienst in den Justizvollzugsanstalten betrifft, geht es letztlich nur darum, Personal für die

neuen Anstalten in Heinsberg und Ronsdorf zu gewinnen und auszubilden.

Angesichts dieser Realität fällt jemandem wie mir natürlich gleich ein Steindruck von Andreas Paul Weber ein, der in Ratzeburg tätig war. Einer seiner berühmtesten Steindrucke war „Das Großmaul“. Das kann man hierauf beziehen. Hier ist viel zugesagt und nichts gehalten worden. Im Gegenteil, wir haben weniger Personal bei der Richterschaft und in den Staatsanwaltschaften als 2005.

Was die vielen anderen Punkte anbetrifft, will ich mich ein bisschen konzentrieren; man könnte auf sie viel mehr als die mir zustehende Redezeit verwenden.

Wir haben im Rahmen des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes über die Größe von Jugendstrafvollzugsanstalten gesprochen. 300 bis 350 Plätze waren die oberste Grenze. Trotz aller berechtigten Fachkritik ist das in den Wind geschlagen worden. Wir bauen derzeit zwei Jugendjustizvollzugsanstalten mit jeweils annähernd 500 Plätzen. Das ist die Realität; auch das geht an den fachlichen Anforderungen vorbei.

Wir haben zu diesem Haushalt einen Änderungsantrag bezüglich der Suchtkrankenhilfe eingebracht. Wir wären sehr erfreut, wenn diesem Antrag zugestimmt würde; denn für die rund 40 % Suchtkranken im Strafvollzug wird einfach zu wenig getan. Dieses Wenig drückt sich auch darin aus, dass es keinen eigenen Haushaltsansatz gibt. Die Intransparenz wird dadurch deutlich, dass dies in einem anderen Titel versteckt ist.

In diesem Zusammenhang ist es fachlicher Hohn, wenn Suchtkranke, die ohne Behandlung rückfällig werden, die Therapievorbereitungsabteilung einer Strafvollzugsanstalt in der Regel verlassen müssen. Fachleute können angesichts dessen nur den Kopf schütteln.

Beim Täter-Opfer-Ausgleich, der ebenfalls einen wichtigen Bereich darstellt, auch wenn er noch nicht so alt ist, verbleiben Sie in Ihrem Haushaltsplan bei dem bisherigen Ansatz und bei nur einer Fallpauschale. Das ist so, als würde im Krankenhaus die Fallpauschale für eine Blinddarmoperation bezahlt, und damit wären alle Krankheiten abgedeckt. Dies bildet die auch im Justizbereich gegebene komplexe Situation nicht ab.

Circa 800 Ersatzfreiheitsstrafengefangene gibt es in Nordrhein-Westfalen. Sie blockieren eine große Justizvollzugsanstalt und kosten dann noch jeweils 150 € pro Tag, statt sinnvolle gemeinnützige Arbeit zu leisten, was gesetzlich möglich ist. Allerdings – dies ist die andere Seite – gibt es die entsprechenden Fachstellen nicht flächendeckend.

In der JVA Aachen, die in den letzten Tagen im Blickpunkt der Medien stand, wird beispielhaft für den Strafvollzug zudem deutlich, dass der Kran-

kenstand zu hoch ist und sehr viele Überstunden anfallen. Zu genau dieser JVA Aachen hat Herr Werthebach in dem vom Justizministerium angeforderten Bericht bereits 2007 angemahnt, dass sich dies kurzfristig zu ändern habe.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wieso hat sich nichts geändert?)

Passiert ist leider wenig. Da helfen auch die jetzt von Herrn Mainzer angebotene Zahlbarmachung von Überstunden und ein jüngst in Kraft getretener Notdienstplan wenig. Auch die Geschäftsüberprüfung kam nach unserer Ansicht viel zu spät.

Wenn man das Ganze dann – Frau Löhrmann hat es gerade noch einmal auf den Punkt gebracht – mit den finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bund abgleicht, so werden wir es wahrscheinlich mit einer noch stärker schrumpfenden Finanzressource im Land zu tun haben. In Bezug auf den Justizhaushalt kann man letztlich nur sagen: Einem solchen Haushalt kann man schlichtweg nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, sehr geschätzter Kollege Sichau, für diesen kurzen Beitrag. – Ich gebe das Wort an Herrn Giebels von der CDU-Fraktion weiter.

**Harald Giebels (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sichau hat vorhin die Ausgangslage 2005 angesprochen. Dann darf man auch daran erinnern, dass 2005 die Justiz an einem Tiefpunkt angelangt war, meine Damen und Herren von SPD und Grünen.

(Thomas Stotko [SPD]: Wo, in Simbabwe?)

Das war auch ein Ergebnis Ihrer Regierungspolitik.

Wir können sagen: Wir haben nach 2005 den noch von Rot-Grün beschlossenen massiven Stellenabbau unmittelbar nach der Regierungsübernahme gestoppt und die Justiz durch neues Personal gestärkt. Ich darf, auch wenn Sie es nicht gerne hören möchten, exemplarisch folgende Erfolge noch einmal erwähnen:

Alleine 287 Stellen für Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwälte sind erhalten oder neu geschaffen worden. Dies erlaubt der Justiz in unserem Bundesland zum Beispiel ein energisches Vorgehen gegen die Wirtschaftskriminalität und die Jugendkriminalität. Außerdem reagieren wir schnell dort, wo die Menschen in Nordrhein-Westfalen der Schuh drückt: Die Richterschaft der Sozialgerichtsbarkeit ist wegen der Hartz-IV-Reform massiv verstärkt worden. Der Haushaltsplanentwurf 2010 sieht insgesamt 299 Stellen für Richter der Sozialgerichtsbarkeit vor; dies entspricht einem Stellen-

zuwachs von 19 % gegenüber dem Nachtragshaushalt 2009.

Für den Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit gilt: Bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2009 haben wir auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Die Realisierung von 18 kw-Vermerken aus dem Servicebereich und von 20 kw-Vermerken auf Stellen für Richter am Arbeitsgericht erfolgt erst im Jahr 2011. Darüber hinaus hat die Justizministerin im Oktober bekannt gegeben, dass die Arbeitsgerichtsbarkeit um 15 weitere Richterstellen verstärkt wird.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wo kommen die denn her?)

Damit wird die zügige Erledigung der Kündigungsschutzverfahren, die für die gekündigten Arbeitnehmer oftmals von existentieller Bedeutung sind, gewährleistet.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Drittens. Wir haben den während Ihrer Regierungszeit völlig vernachlässigten Justizvollzug deutlich gestärkt, Herr Kollege, auch wenn Sie es nicht gerne hören. Wir haben im Justizvollzug 509 Stellen neu geschaffen oder erhalten, um die Anzahl der Haftplätze zu erhöhen und die Belastung des Justizvollzuges abzubauen. Fakt ist, Herr Kollege Sichau, Sie haben über Jahre hinweg keine Einstellung für den Vollzug mehr vorgenommen. Darunter leidet der Vollzug auch heute noch.

(Thomas Stotko [SPD]: Quatsch!)

Mit dem Bau neuer Haftanstalten haben wir ebenfalls dazu beigetragen, die Situation im Haftvollzug weiter zu verbessern. Und ja, wir stehen zu großen Anstalten; das sage ich deutlich. Herr Kollege Sichau, Sie haben eben die Anzahl der Plätze angesprochen. Wir brauchen große Anstalten, um ein gewisses Aus- und Fortbildungsangebot an dem jeweiligen Standort überhaupt anbieten zu können. Dafür brauchen Sie große Einheiten.

(Zustimmung von der CDU)

Zum Einzelplan 04 des Haushalts 2010 noch einige wenige Anmerkungen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2010 entspricht im Bereich Justiz weitestgehend dem Haushaltsgesetz 2009. Eine leichte Steigerung um insgesamt knapp 2,6 % ist in den Zeiten dieser Wirtschafts- und Finanzkrise, wo oftmals Kürzungen vorgenommen werden müssen, ein deutliches Signal. Auch hier lohnt es sich, das eine oder andere Detail anzusprechen.

Wir haben im Bereich Verwaltungsgerichtsbarkeit konstante Zahlen, wir haben den Personalbestand der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft auf solidem Niveau gehalten. Von den Stellenzuwächsen der Sozialgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit habe ich bereits eingangs gesprochen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, vergessen Sie nicht, dass die Eingangszahlen bei den Gerichten aus den Jahren 2008/2009, ein komplettes Kalenderjahr, im Vergleich zu den Jahren 2004/2005 deutlich zurückgegangen sind. Auch das muss bei der Bewertung mit einfließen: Die Eingangszahlen sind deutlich niedriger. Das können Sie nicht leugnen.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Herr Kollege Sichau, Sie und andere Kollegen müssen auch erklären, warum Sie in den Jahren 2004/2005 allein im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften Streichungen in Höhe von fast 600 Stellen vorgenommen haben. Das müssen Sie auch noch einmal deutlich erklären. Sie werden es wahrscheinlich nicht können.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Das Fazit – damit komme ich zum Schluss –: Wir setzen ein eindeutiges Zeichen, wir tun, was irgend möglich ist, um die Situation der Justiz in Nordrhein-Westfalen auch in schwierigen Zeiten weiter zu verbessern. Trotz der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzlage und trotz der beständig rückläufigen Eingangszahlen konnten wir das Personaltableau ausreichend ausstatten. Daher stimmen wir dem Gesetzentwurf gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. Auch Sie haben Ihre Redezeit nicht voll in Anspruch genommen. Das ist beispielhaft. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Orth von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Robert Orth<sup>\*)</sup>** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will dem leuchtenden Beispiel von Herrn Giebels nach-eifern; gleichwohl habe ich vom Grundsatz her in Minuten weniger Redezeit.

Herr Sichau, Sie haben eben davon gesprochen, dass dies der letzte Haushalt sei. Das stimmt: für die laufende Legislaturperiode. Ich bin mir aber ganz sicher, dass wir als CDU-FDP-Regierung auch die kommenden Haushalte im Justizbereich verantworten werden, meine Damen und Herren.

Wir haben im Bereich der Justiz Etliches bewegt. Gerade im Bereich der Justiz mussten wir Erhebliches bewegen, was Sie uns hinterlassen haben. Sie selbst – das wissen Sie aus Ihrer Arbeit aus der Vergangenheit sehr gut – sind als SPD doch an Minister Gerhards immer wieder abgeprallt. Und wenn Sie behaupten, wir bauten zu große Haftanstalten, dann kann ich nur sagen: Wir bauen sie jetzt endlich. Es ist verdammt schwierig, Plätze dafür zu finden, wo die Kommunen das auch mitmachen. Mir ist es lieber, ich habe zwei Haftanstal-

ten mit 500 Plätzen auch wirklich gebaut, als dass ich zehn Jahre lang über sieben Haftanstalten mit 200 Plätzen diskutiere, meine Damen und Herren. Denn es geht auch darum, die Bevölkerung zu schützen.

(Thomas Stotko [SPD]: Gefährliches Thema!)

Es haben sich zu Recht alle Sorgen gemacht, als die beiden Häftlinge in Aachen ausgebrochen sind. Das bedeutet ja, wir brauchen Plätze, um Leute irgendwo sicher und – das ist mir auch ganz wichtig – menschenwürdig unterzubringen. Sie haben uns – ohne Ende – Tausende von Zellen hinterlassen, in denen keine Schamwände existierten. Über diese Zustände, die damals, als Sie, meine Damen und Herren, regierten, bestanden haben, klagen die Häftlinge heute noch. In diese Dinge investieren wir erheblich. Insofern leisten wir einen Beitrag einerseits zu einer menschenwürdigeren Unterbringung, andererseits auch zu einer Entspannung der Situation in den Justizvollzugsanstalten.

Sie haben am Rande die Ereignisse der letzten Woche angesprochen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ausbrecher gibt es, solange es Gefängnisse gibt, meine Damen und Herren. Und das gibt es, meines Wissens, schon länger, als es die SPD gibt, und auch länger, als es die SPD geben wird, meine Damen und Herren.

(Lachen von der SPD)

Da Sie christlich vorgebildet sind, möchte ich Sie daran erinnern, dass selbst Jesus an Judas letztendlich nicht vorbeikam.

(Thomas Stotko [SPD]: Sei bewegen sich auf gefährlichem Terrain!)

Das ist eben auch eines der Probleme. Wir werden die Haftanstalten mit Material auf Dauer noch und nöcher vollstopfen können, aber letztendlich wird es immer wieder Menschen geben, die Schwächen haben. Diese Schwächen werden wir immer wieder feststellen und nicht dauerhaft verhindern können, dass Ausbrüche stattfinden.

Meine Damen und Herren, Sie regen sich über Zahlen auf. Ich möchte nur einmal meine Kleine Anfrage Ende der letzten Legislaturperiode in Erinnerung rufen. Darin habe ich nach der Anzahl der Entweichungen in einem Zeitraum von neun Monaten gefragt. Die Anzahl der Entweichungen lag deutlich über 1.000. Das Ergebnis war so erschreckend, dass Minister Gerhards danach die Definition für Entweichungen geändert hat, um sich nicht weiterhin so blamieren zu müssen. Wer sich also hier hinstellt und Kritik übt, muss sie jedenfalls auch ins rechte Umfeld setzen.

Wenn ich die letzten Monate Revue passieren lasse, kann ich nur sagen: Wir haben das Jugendstrafvollzugsgesetz auf den Weg gebracht und verabschiedet. Was haben wir geerntet? – Lob.

Wir haben in der letzten Woche eine Anhörung zum Justizgesetz durchgeführt. Was haben wir geerntet?

(Thomas Stotko [SPD]: Kritik!)

Lob.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Wir haben den Ombudsmann installiert. Was haben wir geerntet? – Lob. Sie haben den Ombudsmann früher nicht haben wollen, weil Sie nämlich Sorge hatten, dass er Dinge nach oben kehrt.

Wir haben den Vollstreckungsstau abgebaut. Bei uns wird inzwischen wieder vollstreckt. Das heißt, wir haben eine abschreckende Wirkung von verhängten Strafen. Auch dafür gab es Lob.

Was gibt es von Ihnen, Herr Sichau? – Es gibt Kritik daran, dass wir den Drogenhandel in Justizvollzugsanstalten stärker bekämpfen wollen.

(Frank Sichau [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! – Widerspruch von Monika Düker [GRÜNE])

– Doch, Sie haben entsprechende Pressemitteilungen herausgeschickt.

(Frank Sichau [SPD]: Dass die gesetzlichen Grundlagen ausreichen! Genau!)

Wer sich so äußert, meine Damen und Herren, darf sich nicht hier hinstellen und beklagen, dass Zustände in Justizvollzugsanstalten nicht so sind, wie man sie haben möchte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Orth, auch Sie haben großzügig auf einen Teil Ihrer Redezeit verzichtet. – Wir wenden uns jetzt dem Beitrag von Frau Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat könnten wir sehr lange über diesen Einzelplan 04 reden, aber ich versuche, die Hauptkritikpunkte für meine Fraktion kurzzufassen.

Trotzdem, Frau Ministerin, will auch ich auf die Vorfälle in der JVA Aachen eingehen, denn ich frage mich: Wie haben Sie reagiert, als Sie der Personalrat der JVA Aachen im Sommer darüber informierte, dass es absolut desolate Personalsituation gibt?

Wir haben einen Geschäftsbericht, der in der Presse zitiert wird, nach dem pro Bediensteten 178 Überstunden und ein Krankenstandsniveau von 18 % existieren.

(Frank Sichau [SPD]: 20 %!)

Der Personalrat warnt vor daraus resultierenden Sicherheitsproblemen. Ihre Antwort, Frau Ministerin, besteht darin, zum Abbau der Überstunden und zur Entspannung der Situation einen Notfalldienstplan zu entwerfen und die Dienstposten nicht mehr doppelt, sondern nur noch einfach zu besetzen.

Diese Antwort reicht nicht aus, um in unseren Justizvollzugsanstalten vernünftige Verhältnisse herzustellen. So werden Sie Ihrer Verantwortung – auch gegenüber den Beschäftigten – nicht gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass Sie mit dieser Bilanzkosmetik für die Statistik, indem die Überstunden ein bisschen heruntergerechnet werden, der Sicherheit schaden. Aber ich glaube nicht, dass Sie damit die extrem hohen Krankenstände signifikant reduzieren können.

Ohne Vorverurteilung – das sollten Sie bedenken, bevor Sie das Ihren Beschäftigten gegenüber machen – kann man doch sagen, dass, Herr Dr. Orth, im Einzelfall ein Mensch – Stichwort: Faktor Mensch – versagt hat.

Aber angesichts dieser desolaten Situation in der JVA Aachen muss die Frage erlaubt sein, ob dort Organisationsmängel wie Überlastung und hohe Krankenstände bestehen, für die Sie, Frau Ministerin, die Verantwortung tragen. Herr Söhnchen hat uns Politikern in beiden Berichten ins Stammbuch geschrieben, dass hierbei dringender Handlungsbedarf besteht – nicht nur in Aachen, sondern auch in sehr vielen anderen Anstalten.

Was die Situation der Gefangenen angeht, wissen wir: Die Ausstattung gerade im Erwachsenenvollzug ist durch die Reform des Jugendstrafvollzugs noch angespannter geworden. Das erzählen uns die Beschäftigten im Erwachsenenvollzug. Dadurch, dass wir im Jugendvollzug Gott sei Dank endlich bessere Standards haben, fehlt uns Personal.

Ich finde es nicht angemessen, wenn wir angesichts von 70 % psychisch Auffälliger und angesichts von 50 % Drogenabhängiger im Strafvollzug Betreuungsschlüssel von einem einzigen Psychologen oder von einem einzigen Sozialarbeiter pro Hundert Gefangene haben. Wie soll denn so noch Behandlungsvollzug gewährleistet sein?

(Beifall von den GRÜNEN)

Die angespannte Situation im Strafvollzug ist nach wie vor Realität. Sie, Frau Ministerin, tragen die Verantwortung dafür. Sie haben die Probleme nach den Vorfällen von Siegburg nicht ausreichend gelöst.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Überlastung der Justiz sage ich nur: Wer sich anschaut, welche zusätzlichen Aufgaben in den letzten Jahren allein durch neue Gesetze auf die Justiz übertragen wurden, während es in keiner

Weise eine adäquate Aufstockung der Personalausstattung gibt, kann sagen, dass die Funktionsfähigkeit unserer Justiz unter Ihrer Ägide, Frau Ministerin, geschwächt wurde.

Ich nenne nur einige Beispiele, zunächst die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Wir haben erste Signale von den Verwaltungsgerichten, dass die Abschaffung der Widerspruchverfahren zu einer erhöhten Belastung der Verwaltungsgerichte geführt hat. Mehr Stellen? – Fehlanzeige.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: 36 Stellen hat es dafür gegeben!)

– Sie schaufeln die Arbeit von einer Gerichtsbarkeit in die andere,

(Widerspruch von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

in der dann die Personaldecke dünner wird.

(Widerspruch von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter – Dr. Robert Orth [FDP]: Lesen bildet!)

Zu den Hartz-IV-Gesetzen: Die Eingangszahlen steigen wieder an.

(Zustimmung von Rainer Schmelzer und von Frank Sichau [SPD])

Noch lange ist keine Entwarnung in Sicht. Die Finanzkrise hat die Arbeitsgerichte erreicht. Es werden wieder dorthin ein paar Stellen geschaufelt, aber dafür werden keine neuen Stellen geschaffen, sondern sie werden anderswo hergeholt. Jedenfalls haben Sie uns nicht erläutern können, dass es sich bei den Stellen für die Arbeitsgerichte um neue Stellen handelt. Sie sind anderswo hergenommen worden.

(Frank Sichau [SPD]: Von den Verwaltungsgerichten und von den Finanzgerichten!)

Die Familienrechtsreform wird unsere Gerichte bald erreichen. Nach den Prognosen kommen aufgrund der Familienrechtsreform neue Aufgaben auf die Gerichte zu.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Das ist Quatsch!)

– Dazu liegen erste Briefe vor, Frau Ministerin. Ich kann sie Ihnen zeigen.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Bei den Amtsgerichten!)

Zur Rechtsprechung zum richterlichen Eildienst und zum Notdienst in der Nacht: Sie haben jetzt für einen einzigen Gerichtsbezirk gehandelt, aber nun steht die Übertragung auf andere Gerichtsbezirke an. Auch dies können Sie nicht einfach nur aus dem Bestand sicherstellen.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Schauen wir mal!)

Ich könnte die Liste fortsetzen. Zur Senkung der Eigenbedarfsgrenze für Haschisch – politisch finde ich das völlig kontraproduktiv – könnte man sagen: Wenn Sie das machen, müssen Sie doch auch sehen, dass das Staatsanwaltschaften belastet.

(Widerspruch von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

– Natürlich wird da Mehrarbeit entstehen. Auch hierfür gibt es keinen adäquaten Ausgleich. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Wir haben eine Mehrbelastung der Justiz, aber keinen adäquaten Zuwachs an neuen Stellen, der diese Mehrbelastung auffangen kann. Ihnen sagt der Richterbund, Ihr eigener Verband, mindestens einmal im Monat, dass hierbei die Grenzen erreicht sind.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Sie reagieren nicht auf Ihre überlastete Justiz und unser Strafvollzug ist absolut defizitär ausgestattet. Die Situation wird den Gefangenen nicht gerecht. Wir bekommen dadurch keine vernünftige Resozialisierung. Durch den Personalmangel in den Gefängnissen unseres Landes tun sich enorme Sicherheitsprobleme auf. Für beides tragen Sie die Verantwortung. Deswegen werden wir dem Einzelplan 04 nicht zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Auch Ihnen einen ganz herzlichen Dank, Frau Düker. Alle vier Sprecher für diesen Einzelplan 04 haben sich hervorragend verhalten. – Frau Ministerin, jetzt sind Sie an der Reihe.

**Roswitha Müller-Piepenkötter,** Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, mir gelingt das auch. Ich glaube, ich kann mich kurz fassen.

Die Haushalte der Jahre 2006, 2007, 2008 und 2009 können ebenso wie der Haushalt des Jahres 2010 für den Justizbereich unter die Überschrift gestellt werden „versprochen – gehalten“.

Wir haben den Stellenabbau gestoppt und neue Stellen geschaffen. Wir haben das zielgerichtet und genau getan. In den Bereichen, in denen zusätzliche Belastungen zu verkraften sind, haben wir konsequent in höherem Maße verstärkt als diejenigen Bereiche, die etwas weniger belastet waren. Ich denke, das ist im Sinne des Steuerzahlers gut und richtig.

Wir haben schnell reagiert und mit dem zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 20 kw-Vermerke für Richter und 18 kw-Vermerke für Assistenzkräfte in der Arbeitsgerichtsbarkeit um zwei Jahre prolongiert. Zum 1. November dieses Jahres haben wir

15 Richterstellen aus der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit in die Arbeitsgerichtsbarkeit umgesetzt. Mit diesen Maßnahmen ist die Arbeitsgerichtsbarkeit gut gerüstet. Hochgerechnet wird die Belastung pro Richter im Jahre 2009 aufgrund dieser Maßnahme unter der des Jahres 2004 liegen.

Gleiches gilt für die Sozialgerichtsbarkeit. Seit dem Jahr 2004 hat die Sozialgerichtsbarkeit zusätzlich 54 Richterstellen und 35 Stellen im Unterstützungsbereich erhalten. Trotz der zuletzt wieder gestiegenen Eingangszahlen bleibt die Eingangsbelastung pro Richter aufgrund der Verstärkungsmaßnahmen unter der des Jahres 2004.

Auch bei den Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften haben wir den Personalabbau gestoppt und neue Stellen geschaffen. Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, haben wir die Eingangsbelastung pro Richter und Staatsanwalt unter die des Jahres 2005 abge- senkt.

Frau Düker, ob Sie es glauben oder nicht, die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist im Zusammenhang mit der Abschiebung der Widerspruchsverfahren um 36 Stellen aus dem Innenbereich verstärkt worden. Vielleicht schauen Sie noch einmal in den Haushalt. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit steht so gut da, dass sie den Anstieg der Widerspruchsverfahren verkraften kann. Wir können getrost die nächsten zwei Jahre abwarten, um dann zu schauen, ob es überhaupt nötig ist, dass sie diese Stellen behalten. Das werden wir dann tun und sachgerecht reagieren.

Ein Schwerpunkt lag auf dem Strafvollzug. Während die Koalition aus SPD und Grünen in der letzten Legislaturperiode saldiert über 200 Stellen im Justizvollzug abgebaut hat, haben wir über 500 neue Stellen eingerichtet oder entgegen der Planung von Rot-Grün erhalten, sodass der Haushaltsentwurf 2010 deutlich mehr Stellen für den Vollzug vorsieht als der Haushalt 2006.

Für den allgemeinen Vollzugsdienst haben wir außerdem etwa 200 neue Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, was für die Motivation der Mitarbeiter von ganz erheblicher Bedeutung ist. Konkret heißt das, durch unsere Personalverstärkungen haben wir die Relation zwischen den Stellen und der Durchschnittsbelegung sowohl im allgemeinen Vollzugsdienst als auch in den Fachdiensten deutlich verbessert. Das gilt sowohl für die Drogenberatung als auch für andere Dinge. Sie wollen es immer noch nicht wahrhaben, dass wir für die Drogentherapie mehr ausgeben als im Haushalt des Jahres 2005 vorgesehen war.

Zu den Baumaßnahmen muss ich hier nicht viel sagen. Lassen Sie mich nur noch einmal kurz die Zahlen nennen. Wir haben bereits fast 1.000 moderne Haftplätze geschaffen, davon 300 Plätze zusätzlich und 700 Plätze, um die Situation bei den

übrigen zu verbessern. Rund 2.000 Haftplätze sind bereits im Bau.

Damit sind wichtige Schritte getan, um den nordrhein-westfälischen Justizvollzug, der von der Koalition aus SPD und Grünen jahrelang vernachlässigt wurde, wieder zukunftsfähig zu gestalten. Es gibt hier auch keine Konkurrenz zwischen Jugendstrafvollzug und Erwachsenenstrafvollzug. Die Bediensteten werden zurzeit in allen Anstalten ausgebildet. Wenn die neue Justizvollzugsanstalt Wuppertal fertig und die Justizvollzugsanstalt Heinsberg ausgebaut ist, bedeutet das konkret eine Entlastung für den Erwachsenenvollzug, der zurzeit baulich etwas beengter ist als der Jugendstrafvollzug. Nach dem Neubau wird er aber ebenso gut dastehen.

Meine Damen und Herren, die Reihe der bedeutenden Haushaltsverbesserungen, welche die Landesregierung in dieser Zeit für die Justiz bewirkt hat, ließe sich noch weiter fortsetzen. Diesen Kurs setzen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2010 konsequent fort. Die Leistungsfähigkeit der Justiz muss in allen Bereichen substanziell gestärkt und zukunftsfähig gestaltet werden. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung haben wir das in den vergangenen viereinhalb Jahren getan und werden das auch weiterhin tun.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. Auch Ihnen danke ich herzlich dafür, dass Sie Ihre Redezeit nicht voll in Anspruch genommen haben. – Für diejenigen, die jetzt ins Plenum gekommen sind, eine kurze Information: Alle Redner zu diesem Einzelplan haben auf fast die Hälfte ihrer Redezeit verzichtet.

(Beifall von CDU und FDP)

Das kann auch für die weiteren zehn Tagesordnungspunkte mit Debatte, die wir noch vor uns haben, stilbildend sein, und zwar heute – nicht morgen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir stimmen jetzt über die Anträge ab, die zum Einzelplan 04 eingebracht worden sind.

Wir stimmen zuerst über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10237** ab. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – CDU und FDP. – Enthaltungen? – Herr Sagel. Dann ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von Herrn Sagel **abgelehnt**.

**SPD-Änderungsantrag Drucksache 14/10238.** Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Herr Sagel. Gleiches Ergebnis wie eben. **Abgelehnt.**

**SPD-Änderungsantrag Drucksache 14/10239.** Wer ist dafür? – SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

**Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10272.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Grüne und Herr Sagel. – Wer ist dagegen? – CDU, FDP und SPD. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den Einzelplan 04 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10204.** Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 04** damit **verabschiedet**.

Ich bitte darum, den Plenarsaal nicht zu verlassen, denn wir stimmen weiter ab.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 13 Landesrechnungshof**

Ich begrüße die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Frau Scholle.

Ich weise darauf hin, dass es hierzu eine Beschlussempfehlung und einen Bericht Drucksache 14/10213 gibt. Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10213.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP und SPD. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Grüne und Herr Sagel. Damit sind die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP bei Enthaltung von Grünen und Herrn Sagel **angenommen** und der **Einzelplan 13** damit **verabschiedet**.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 01 Landtag**

Hierzu gibt es eine Beschlussempfehlung und einen Bericht Drucksache 14/10201. Auch hier ist keine Debatte vorgesehen.

Ich lasse also abstimmen über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10201.** Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD und Grüne. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist die Beschlussempfehlung bei Enthaltung von Herrn Sagel durch den Rest des Plenums **angenommen** und der **Einzelplan 01** damit **verabschiedet**.